1 Finanzplatz Baden-Württemberg

2 Spitzenfinanzierung für Spitzenunternehmen

3
4 Der Finanzplatz Baden-Württemberg ist so leistungsstark und vielfältig wie
5 unsere Wirtschaft. Tausende Finanz- und Versicherungsberater leisten
6 einen unverzichtbaren Beitrag für finanzielle Bildung und Aufklärung, für
7 Altersvorsorge, Vermögensplanung und Absicherung. Volksbanken und
8 Sparkassen sichern ein breites Angebot an Finanzierung und Beratung in
9 der Fläche, gerade für den Mittelstand. Unser Land ist Sitz bedeutender
10 Bausparkassen und Versicherungen. Die Landesbank Baden-Württemberg
11 ist stark in der Region verankert und gleichzeitig an allen wichtigen
12 Finanzplätzen der Welt vertreten, und die Börse Stuttgart ist die
13 innovativste deutsche Regionalbörse und europaweit führend im Geschäft
14 mit Kryptowährungen und digitalisierten Vermögenswerten.

15 Für uns Freie Demokraten ist klar: eine starke Realwirtschaft braucht eine
16 starke Finanzwirtschaft. Wir wollen, dass die nächste Landesregierung eine
17 Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung des Finanzplatzes entwickelt.

18 Wir werden

- 19 • Finanzbildung als verbindlichen Teil des Lehrplans in allen
20 weiterführenden Schulen etablieren und diese praxisnah
21 vermitteln. Auch in den Volkshochschulen sollte die Vermittlung
22 von Finanzwissen angeboten werden.
- 23 • eine Reform der privaten Altersvorsorge und der Bausparförderung
24 unterstützen, in deren Rahmen Bürokratie reduziert und die
25 Förderung in Form von Zulagen oder Steuerfreibeträgen erhöht
26 wird.

27

28

29

30

31

32

33

34

- die Landesbank Baden-Württemberg in die Lage versetzen, auch Unternehmen aus dem Verteidigungssektor und die Nutzung von Übergangstechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität zu finanzieren.
- das „Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg“ abschaffen, weil wir die Rolle des Landes nicht in der politischen Steuerung des Kapitalmarkts sehen.

1	Haushalt kommt von Haushalten	28	
2	Gute Politik muss nicht teuer sein	29	
3		30	
4	Der baden-württembergische Landeshaushalt ist in den letzten Jahren	31	
5	immer weiter gewachsen. Aus unserer Sicht muss gute Politik nicht teuer	32	
6	sein. Vielmehr hilft gerade eine umfassende Aufgabenkritik unserem Land,	33	
7	sich auf die besonders wichtigen Aufgaben zu konzentrieren und dort	34	
8	besser zu werden.		
9		35	
10	Wir Freien Demokraten wollen den Landeshaushalt daher wieder zum	36	
11	politischen Gestaltungsinstrument machen, den Staat effizienter und		
12	treffsicherer gestalten und auf Zukunftsinvestitionen ausrichten.	37	
13	Gleichzeitig wollen wir uns Spielräume erarbeiten, um steuerliche	38	
14	Entlastungen für Bürger und Unternehmen zu finanzieren.	39	
15		40	
16	Dabei setzen wir sowohl bei der politischen Führung – Landtag und	41	
17	Landesregierung -, als auch bei Subventionen, Förderprogrammen,	42	
18	Personalausgaben und anderen konsumptiven Ausgaben. Bildung,	43	
19	Forschung, Sicherheit und Investitionen sollen hingegen gestärkt werden.	44	
20			
21	Wir werden:	45	
22	• alle Ausgabenblöcke des Landes auf den Prüfstand stellen, vor		
23	allem Subventionen, Förderprogramme und Ausgaben für		
24	Gutachten und externe Berater. Der Anteil konsumptiver Ausgaben		
25	im Landeshaushalt muss dabei zurückgeführt werden.		
26	• Verbesserungsvorschläge des Rechnungshofs und des		
27	Normenkontrollrats sorgfältig prüfen und möglichst umsetzen.		
			• Den Landtag wieder auf eine auch finanziell vertretbare Größe verkleinern und auch die Landtagsverwaltung und die Landesministerien zu einem Sparbeitrag heranziehen.
			• eine allgemeine Einsparvorgabe für die Zahl der Personalstellen des Landes umsetzen (pauschale Stelleneinsparung). Besonders sensible Bereiche wie Bildung, Sicherheit und Justiz wollen wir dabei ausnehmen.
			• einen Deckel für den Anteil der Verwaltungskosten bei Förderprogrammen (z.B. der Wohnrauminitiative) einführen.
			• im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler konsequent eine wirkungsorientierte Haushaltsführung umsetzen: Für jede Subvention oder Fördermaßnahme muss klar definiert sein, welches Ziel damit verfolgt werden soll und wie der Erfolg gemessen werden soll. Erfolglose Maßnahmen müssen wegfallen.
			• durch mehr dezentrale Budgetverantwortung Anreize für die Landesverwaltung schaffen, wirtschaftlicher mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen.

1 Kommunalfinanzen

2 Damit es vor Ort läuft

3
4 Nirgends wird Demokratie so direkt gelebt wie in unseren Städten,
5 Kommunen und Landkreisen. Die politischen Mandatsträger vor Ort,
6 Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte, Bürgermeister,
7 Oberbürgermeister und Landräte tragen unmittelbare Verantwortung auch
8 im finanziellen Bereich.

9
10 Und sie tragen sie in aller Regel mit besonderer Weitsicht und mit Verstand.
11 Wir wollen den Gemeinden, Städten und Landkreisen, den Menschen vor
12 Ort dabei helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem wir ihnen
13 den Freiraum schaffen, den sie benötigen. Wir werden keine neuen
14 Aufgaben an sie übertragen, sondern eher bisher ohne Finanzierung auf die
15 Städte verlagerte Aufgaben überprüfen und reduzieren. Wir werden dafür
16 sorgen, dass sämtliche Bundesmittel, die für die Kommunen bestimmt sind,
17 wirklich dort ankommen. Häufig ist den Kommunen zudem mehr geholfen,
18 wenn sie statt einer großen Zahl an Förderprogrammen einfach eine gute
19 Finanzausstattung zur eigenen freien Verfügung hätten. So schaffen wir
20 Handlungsfreiheit und neues Vertrauen vor Ort.

21
22 Das Land muss sich folglich als Schutzmacht seiner Kommunen verstehen.
23 Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise verdienen Vertrauen, Freiräume
24 und eine Finanzausstattung, die ihnen die nötige Luft zum Atmen lässt.
25 Darauf setzen wir Freie Demokraten.

26 Wir werden

27
28

- das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) in der Landesverfassung und im Haushaltsrecht stärken.

29
30
31
32
33
34
35

- dort, wo das Land Gelder des Bundes stellvertretend für die Kommunen entgegennimmt (z.B. Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr, KiTa- und Hortbetreuung, Bundesteilhabegesetz, Aufnahme von Flüchtlingen), für eine umgehende und vollständige Weitergabe der Finanzmittel sorgen und umfassend Transparenz darüber schaffen, welche Mittel das Land vom Bund für welchen Zweck erhalten und wohin es diese Mittel wann weitergeleitet hat.

36
37
38
39
40
41
42
43

- die Förderkulisse für Kommunen grundlegend reformieren und die Anzahl und Detailtiefe der Vorgaben, die Kommunen für den Empfang von Fördermitteln umsetzen und nachweisen müssen, deutlich reduzieren. Insbesondere für größere Kommunen wie Stadtkreise oder Große Kreisstädte sollten bisherige Förderprogramme nach Möglichkeit wegfallen. Die dadurch frei werdenden Mittel des Landes sollten unmittelbar und in voller Höhe auf diese Kommunen umgelegt werden.

44
45
46
47
48

- den Kommunen verstärkt ermöglichen, bestimmte vorgeschriebene Funktionen (z.B. Datenschutzbeauftragte) auch gemeinsam zu nutzen. Dadurch kann Geld eingespart und die Qualität der Aufgabenwahrnehmung verbessert werden.

1	Solide Staatsfinanzen	27	Wir werden
2	Großbaustelle zwischen Bund und Ländern	28	
3		29	
4	Persönliche Freiheit und Demokratie sind nicht denkbar ohne solide	30	
5	Staatsfinanzen. Ein Staat, der finanziell gesund ist, ist handlungsfähig und	31	
6	berechenbar; er muss die von den Bürgern gezahlten Steuern nicht für	32	
7	Zinsen ausgeben, sondern kann dieses Geld in wichtige Zukunftsausgaben	33	• uns weiterhin für eine klar definierte, niedrige Obergrenze für die
8	investieren. Ein Staat, der über seine Verhältnisse wirtschaftet, riskiert	34	Neuverschuldung des Bundes und der Länder einsetzen, sowohl im
9	hingegen Inflation, höhere Steuern oder die Vernachlässigung von	35	Grundgesetz als auch in der Landesverfassung. Das
10	Zukunftsaufgaben. Der Zustand unserer Staatsfinanzen hat daher	36	Neuverschuldungsverbot in § 18 der Landeshaushaltsordnung
11	erhebliche Auswirkungen auf die Lebensgestaltung jedes einzelnen.	37	wollen wir beibehalten.
12	Gleichzeitig bringen instabile Staatsfinanzen auch demokratische	38	
13	Entscheidungsträger in eine schwierige Situation, weil sie nicht mehr frei	39	• strikt darauf achten, dass Investitionsvorhaben des Landes und der
14	über politische Schwerpunkte entscheiden und gerade in Notsituationen	40	Kommunen, die über das neue Sondervermögen Infrastruktur (und
15	nicht auf finanzielle Reserven zurückgreifen können. Klare, strenge	41	damit über zusätzliche Schulden) finanziert werden, wirklich
16	Schuldenregeln und eine maßvolle Haushaltspolitik schützen daher	42	zusätzlich zu den schon geplanten Investitionsmaßnahmen
17	gleichermaßen die Freiheit des einzelnen und die Handlungsfähigkeit des	43	umgesetzt werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass damit
18	Staates.	44	sowieso geplante Vorhaben oder laufende Personal- und
19	In engem Zusammenhang mit einer Begrenzung der Staatsverschuldung	45	Betriebsausgaben finanziert werden.
20	stehen auch der Länderfinanzausgleich und die Finanzbeziehungen	46	
21	zwischen Bund und Ländern. Hier brauchen wir deutlich mehr Transparenz	47	• sicherstellen, dass das Land und die Kommunen finanzielle
22	und faire Leistungsanreize für die einzelnen Bundesländer, gute Politik vor	48	Vorsorge für das Auslaufen des Sondervermögens Infrastruktur
23	Ort zu machen. Wir Freien Demokraten wollen einen wettbewerblichen	49	Ende 2036 treffen; es muss vermieden werden, dass es ab 2037
24	Reformföderalismus und perspektivisch nach baden-württembergischen	50	eine „Abbruchkante“ bei den Investitionen von Land und
25	Vorbild die Schaffung größerer, leistungsfähigerer Bundesländer oder	51	Kommunen gibt.
26	zumindest eine länderübergreifende Zusammenarbeit in einzelnen Fragen.		• eine Neuverhandlung des Länderfinanzausgleichs mit dem Ziel einer
			geringeren Nivellierung anstreben. Führen diese Verhandlungen zu
			keinem Erfolg, sollte Baden-Württemberg gegen dieses ungerechte
			System vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.
			• Gespräche zwischen Bund und Ländern darüber anstoßen, welche
			politischen oder finanziellen Anreize möglich sind, um das
			Bundesgebiet in leistungsfähigere Einheiten zu gliedern.

1	Steuern	25	
2	So einfach wie möglich, so wenig wie nötig	26	
3		27	
4	Steuern sind notwendig, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.	28	
5	Gleichzeitig greift der Staat durch die Besteuerung seiner Bürger	29	
6	weitgehend in deren Freiheitsrechte ein. Steuern können darüber	30	
7	entscheiden, ob der Traum vom Leben in den eigenen vier Wänden	31	
8	Wirklichkeit wird oder ein Familienunternehmen an die nächste Generation	32	
9	übergeben werden kann. Steuern sind ein Freiheitsthema und eben mehr	33	
10	als nur staatliche Einnahmequelle.		
11	Baden-Württemberg braucht grundlegende Reformen im steuerlichen	34	
12	Bereich. Grundstückseigentümer und indirekt auch Mieter sollten bei der	35	
13	Grundsteuer von Bürokratie und unfairen Belastungen befreit werden. Die	36	
14	Grunderwerbsteuer darf dem Erwerb einer eigenen Wohnung oder eines	37	
15	Häuschens nicht entgegenstehen.	38	
16	Auch Initiativen, Bürger und Unternehmen auf Bundesebene zu entlasten,	39	
17	sollte Baden-Württemberg im Bundesrat aktiv vorantreiben und	40	
18	unterstützen.	41	
19	Die Freien Demokraten orientieren sich in ihrer Steuerpolitik daran, den	42	
20	Menschen Raum zur Verwirklichung ihrer Wünsche und Vorhaben zu	43	
21	verschaffen.	44	
22	Wir werden	45	
23		46	
24	<ul style="list-style-type: none">den bürokratischen und intransparenten Sonderweg des Landes bei der Grundsteuer beenden und ein Flächenmodell ohne Nutzung des	47	
			Bodenwerts einführen, wie es in anderen Bundesländern bereits praktiziert wird.
			<ul style="list-style-type: none">den Steuersatz der Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent absenken. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass die Landkreise eine angemessene Kompensation für damit verbundene Einbußen erhalten.
			<ul style="list-style-type: none">bei der Grunderwerbsteuer einen Kaufpreisanteil von 600.000 Euro steuerfrei stellen, um den Menschen, zum Beispiel jungen Familien, den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern.
			<ul style="list-style-type: none">in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat sowohl eine Reform des Einkommensteuertarifs mit einer Entlastung mittlerer Einkommen als auch eine Unternehmensteuerreform mit einer spürbaren Entlastung von Unternehmen unterstützt. Zudem muss die so genannte „Kalte Progression“, also die Erhöhung der persönlichen Steuerbelastung durch steigende Preise und Einkommen, jedes Jahr vollständig ausgeglichen werden.
			<ul style="list-style-type: none">uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die persönlichen Freibeträge für Familienangehörige bei der Erbschaftsteuer regelmäßig an die Preisentwicklung angeglichen und die Verschonungsregeln bei der Fortführung eines Betriebs und dem Erhalt von Arbeitsplätzen beibehalten werden.